



Rechtsgutachten fordert Ständemehr

Das Rahmenabkommen soll dem obligatorischen Referendum unterstellt werden

Zürich Wie stimmen wir über das Rahmenabkommen ab, wenn der Bundesrat im Juni der Unterzeichnung zustimmt? Der Zürcher Rechtsprofessor Andreas Glaser hat die Frage untersucht und kommt zu brisanten Schlüssen.

Glaser lehrt Staats-, Verwaltungs- und Europarecht. Er fordert, das Abkommen dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Damit könnten die Gegner auf die Unterschriftensammlung verzichten, und die Vorlage müsste neben dem Volksmehr auch die Mehrheit der Stände gewinnen. Dies würde eine Zustimmung schwieriger machen. Glaser hat das Gutachten im Auftrag von SVP-Nationalrat Gregor Rutz, dem früheren Zürcher FDP-Kantonsrat und NZZ-Redaktor Andreas Honegger sowie dem Zürcher Wirtschaftsprofessor Martin Janssen erarbeitet.

Das Rahmenabkommen erfüllt laut Glaser sowohl die Bedingungen des in der Bundesverfassung verankerten Staatsvertragsreferendums als auch jene Fälle, in denen Bundesrat und Parlament ein obligatorisches Referendum befürworteten, obwohl dies nicht zwingend nötig war, wie zum Beispiel 1992 bei der Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Das institutionelle Abkommen enthalte Bestimmungen mit «verfassungsmässigem Charakter» und sei deshalb «zwingend» Volk und Ständen vorzulegen. Das Aussendepartement nimmt auf Anfrage nicht Stellung. Es hat in Sitzungen von Parlamentskommissionen aber offenbar verlauten lassen, es sei anderer Meinung.

Zustimmung bei den grossen Parteien

Die Exponenten der grossen Parteien sehen es hingegen wie Andreas Glaser. «Der Fall ist meines Erachtens klar», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. Das Abkommen sei von grosser Tragweite und betreffe sowohl die Politik als solche wie auch die Institutionen der Schweiz. «Es ist deshalb unbedingt dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.»

Auch FDP-Präsidentin Petra Güssi hält nichts von Abstimmungstaktik. «Das Abkommen ist dem Volk ohne Wenn und Aber vorzulegen», sagt sie. «Wenn das dazu führt, dass auch das Ständemehr erreicht werden muss, dann ist das so.» Und auch SP-Vizepräsident Beat Jans sieht das ähnlich: «Persönlich finde ich, dass man das Abkommen sowieso dem Volk vorlegen soll.»

Dominik Feusi